

Bosch/Schmidt/Vondung

Einführung in die Praxis des verwaltungs- gerichtlichen Verfahrens

10., überarbeitete Auflage

Kohlhammer

Kohlhammer

Einführung in die Praxis des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens

begründet von

Dr. Edgar Bosch

Präsident des Verwaltungsgerichts Stuttgart a. D.

und

Prof. Dr. Jörg Schmidt

Vizepräsident des Verwaltungsgerichtshofs a. D.
Honorarprofessor an der Universität Mannheim

fortgeführt und bearbeitet von

Dr. Rolf R. Vondung

Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht Stuttgart a. D.

und

Prof. Ute Vondung

Professorin an der Hochschule für
öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg

10., überarbeitete Auflage

Verlag W. Kohlhammer

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwendung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und für die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.
Für den Inhalt abgedruckter oder verlinkter Websites ist ausschließlich der jeweilige Betreiber verantwortlich. Die W. Kohlhammer GmbH hat keinen Einfluss auf die verknüpften Seiten und übernimmt hierfür keinerlei Haftung.

10. Auflage 2019

Alle Rechte vorbehalten
© 2019 W. Kohlhammer GmbH Stuttgart

Gesamtherstellung: W. Kohlhammer GmbH Stuttgart

Print:
ISBN 978-3-17-035176-9
E-Book-Formate:
pdf: ISBN 978-3-17-035177-6
epub: ISBN 978-3-17-035178-3
mobi: ISBN 978-3-17-035179-0

Vorwort zur 10. Auflage

Die 10. Auflage berücksichtigt die jüngsten Entwicklungen in Gesetzgebung, Rechtsprechung und Literatur.

Außerdem weist der Text neue optische und inhaltliche Strukturelemente auf, die das zielgerichtete Lernen erheblich erleichtern. So lässt sich die Tiefe der jeweiligen Informationen an der Schriftgröße der Ausführungen erkennen: In Normalgröße sind die für die Examensvorbereitung erforderlichen Inhalte gedruckt; zusätzlich sind die wesentlichen Aussagen der einzelnen Themenbereiche grau hinterlegt und lassen sich bei der Wiederholung des Stoffs mit einem Blick erfassen. Die kleingedruckten Textteile enthalten vertiefende Informationen zum wissenschaftlichen Diskussionsstand und zu besonders praxisrelevanten Fragestellungen. Zum Schluss der wichtigsten Themenbereiche erfolgt eine komprimierte Zusammenfassung der Lerninhalte im Stil eines „summary“.

Wie in den bisherigen Auflagen bietet das Lehrbuch wiederum zahlreiche Beispiele aus der Praxis. Die wichtigsten Prüfungsschemata verschaffen einen schnellen Überblick über die einschlägigen Prüfungspunkte. Für eine gelungene Umsetzung der gutachtlichen Prüfungen in verwaltungsprozessuale Entscheidungen helfen über 50 besonders hervorgehobene Beispiele zur Abfassung von Klageanträgen und Tenorierungen sowie Formulierungsvorschläge für Prozessverfügungen und häufig vorkommende Passagen in gerichtlichen Entscheidungen. So werden beispielsweise die besonders wichtigen und in Prüfungen häufig misslingenden „Einleitungssätze“ bei der Begründetheit für alle Verfahrensarten ausformuliert und helfen so, den Einstieg und den „roten Faden“ für die Abfassung der Entscheidungsgründe zu finden. Die dem Prüfungsaufbau verwaltungsgerichtlicher Entscheidungen folgende Gliederung und das ausführliche Stichwortverzeichnis erleichtern den schnellen Zugriff.

Das Werk gewährt Studierenden und Referendaren bei der Examensvorbereitung, aber auch Richtern, Anwälten und Behördenvertretern im täglichen Prozessgeschäft die Gelegenheit, einen hilfreichen „Binnenblick“ auf den Verwaltungsprozess zu werfen.

Besonderen Dank schulden wir der Bibliothek des Verwaltungsgerichts Stuttgart (Frau Haller) für die hilfreiche Unterstützung bei der Quellenbeschaffung.

Mit Kritik und Anregungen wenden Sie sich bitte an die Autoren.

Stuttgart, Februar 2019

Die Verfasser

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 10. Auflage	V
Übersicht über die Lernhilfen	XXIX
Abkürzungs- und Literaturverzeichnis	XXXII
I. Teil Bedeutung, Aufbau und Organisation der Verwaltungsgerichtsbarkeit	1
Kapitel 1 Einführung	1
A. Bedeutung und Aufgabe der Verwaltungsgerichtsbarkeit	1
I. Bedeutung des verwaltungsgerichtlichen Rechtsschutzes	1
II. Kontrolle der Verwaltung – verfassungsrechtliche Grundlagen	1
1. Überblick	1
2. Förmliche Rechtsbehelfe	2
3. Formlose Rechtsbehelfe	3
III. Funktion der Verwaltungsgerichte	4
1. Aufgabe	4
2. Ziel und Schranken des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens	4
B. Gesetzliche Grundlagen des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens	5
I. Allgemeines	5
II. Aufbau der VwGO	5
III. Ergänzende Landesgesetze	5
IV. Verweis auf andere Vorschriften – Sonderregelungen in anderen Gesetzen	6
1. Verweisungen	6
2. Sonderregelungen	6
C. Überblick über Verfahrensgrundsätze des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens	6
I. Allgemeines	6
II. Dispositionsmaxime	6
III. Untersuchungsgrundsatz	7
1. Allgemeines	7
2. Amtsermittlungsgrundsatz und Mitwirkungspflicht der Beteiligten	8
3. Amtsermittlungsgrundsatz und Beweislast	8
IV. Rechtliches Gehör (Art. 103 I GG)	9
1. Allgemeines	9
2. Vorbereitung	10
3. Mündliche Verhandlung	10
4. Entscheidung	10
V. Weitere Verfahrensgrundsätze	11
D. Zusammenfassung: Grundlagen	11

Inhaltsverzeichnis

Kapitel 2 Aufbau und Organisation der Verwaltungsgerichtsbarkeit	12
A. Aufbau der Verwaltungsgerichtsbarkeit – Besetzung der Gerichte.	12
I. Aufbau der Verwaltungsgerichtsbarkeit.	12
1. Dreistufiger Gerichtsaufbau	12
2. Abweichungen vom dreistufigen Aufbau	12
II. Gliederung und Besetzung der Verwaltungsgerichte.	15
1. Gliederung	15
2. (Entscheidungs-)Besetzung	17
3. Durchbrechungen des Spruchkörperprinzips	18
III. Zusammenfassung: Aufbau der Verwaltungsgerichtsbarkeit, Besetzung.	25
B. Organisation und Arbeitsweise der Verwaltungsgerichte.	26
I. Zuteilung der Richter und Verteilung der richterlichen Geschäfte innerhalb des Gerichts – Geschäftsverteilungsplan (GVPl.).	26
1. Aufgaben und Besetzung des Präsidiums	26
2. Geschäftsverteilung innerhalb des Gerichts.	26
II. Geschäftsverteilung innerhalb der Kammern bzw. Senate.	29
III. Mängel bei der Geschäftsverteilung – Bedeutung und Folgen	29
1. Bedeutung einer fehlerfreien Geschäftsverteilung	29
2. Mängel bei der Geschäftsverteilung – Folgen	30
IV. Arbeitsweise innerhalb Kammer und Senat	30
1. Allgemeines.	30
2. Aufgaben des Berichterstatters und des Vorsitzenden	30
3. Einzelrichter	31
V. Geschäftsstelle	32
VI. Zusammenfassung: Organisation und Arbeitsweise der Verwaltungs- gerichte	32
II. Teil Die Verfahrensbeteiligten	34
Kapitel 1 Die Hauptbeteiligten	34
A. Allgemeines	34
B. Kläger/Antragsteller	34
C. Klagegegner/Antragsgegner	35
I. Allgemeines	35
II. Grundsatz (§ 78 I Nr. 1 – Rechtsträgerprinzip).	35
III. Durchbrechung des Grundsatzes (§ 78 I Nr. 2).	36
IV. Erstmalige oder zusätzliche Beschwerde durch Widerspruchsbescheid (§ 78 II).	36
V. Verfahrensfragen bei „falschem“ Beklagtem/Antragsgegner	37
D. Streitgenossenschaft (§ 64).	38
I. Begriff und Voraussetzung	38
II. Arten.	38
E. Zusammenfassung: Hauptbeteiligte.	38

Kapitel 2 Die Beigeladenen (§ 65)	39
A. Arten der Beiladung	39
I. Einfache Beiladung	40
II. Notwendige Beiladung	41
III. Beispiele	41
B. Wirkungen	42
I. Rechtsstellung des Beigeladenen im Prozess	42
II. Mitwirkung des Beigeladenen an verfahrensrelevanten Vorgängen	42
1. Rücknahme	42
2. Übereinstimmende Erledigungserklärung	42
3. Vergleich	42
4. Ruhen	43
5. Klageänderung	43
III. Rechtsfolgen unterbliebener Beiladung	43
1. Einfache Beiladung	43
2. Notwendige Beiladung	44
C. Verfahren	44
I. Antrag oder von Amts wegen	44
II. Stattgebender Beschluss	44
III. Muster eines Beiladungsbeschlusses	44
IV. Ablehnender Beschluss	45
V. Beiladung in Massenverfahren	45
D. Kosten	46
E. Zusammenfassung: Beigeladene	46
Kapitel 3 Sonstige Verfahrensbeteiligte	47
A. Vertreter des öffentlichen Interesses (§§ 35 ff.)	47
I. Allgemeines	47
II. Verfahrensfragen	47
1. Beteiligungsmöglichkeit	47
2. Rechtsstellung im Verfahren und Postulationsfähigkeit	48
B. Vertreter anderer Interessen	48
III. Teil Allgemeine Sachentscheidungsvoraussetzungen	49
Kapitel 1 Verwaltungsrechtsweg (§ 40)	49
A. Überblick	49
I. Allgemeines	49
II. Deutsche Gerichtsbarkeit (§ 173 i. V. m. §§ 18 bis 20 GVG)	50
III. Verwaltungsgerichtliche Generalklausel (§ 40)	50
1. Allgemeines	50
2. Überblick über die Voraussetzungen	51
3. Justizfreie Akte	51
4. Unionsrecht	54
IV. Bestimmung des Verwaltungsrechtswegs	55

Inhaltsverzeichnis

B.	Öffentlich-rechtliche Streitigkeit – Abgrenzung zum ordentlichen Rechtsweg	56
I.	Allgemeines	56
II.	Abgrenzungstheorien	57
1.	Allgemeines	57
2.	Sonderrechtstheorie bzw. modifizierte Subjektstheorie	57
3.	Subordinationstheorie	58
4.	Interessentheorie	58
5.	Sachzusammenhang	58
III.	Fallgruppen öffentlich-rechtlicher Streitigkeiten	59
1.	Allgemeines	59
2.	Bereich obrigkeitlicher Verwaltung	59
3.	Öffentlich-rechtliche Verträge	62
4.	Subventionsverhältnisse	65
5.	Privatrechtsgestaltende Verwaltungsakte	66
6.	Zugang und Benutzung öffentlicher Einrichtungen	67
7.	Realakte – Immissionen durch öffentliche Einrichtungen – ehrverletzende oder sonstige nachteilige Äußerungen	69
8.	Wettbewerbsverhältnisse mit einem Träger öffentlicher Verwaltung	72
9.	Streitigkeiten im Zusammenhang mit öffentlichen Sachen – Hausverbot	73
IV.	Zusammenfassung: Verwaltungsrechtsweg – öffentlich-rechtliche Streitigkeit	75
C.	Abgrenzung vom Verfassungsrechtsweg	77
I.	Definition der verfassungsrechtlichen Streitigkeit	77
II.	Beispiele	78
1.	Verfassungsrechtliche Streitigkeiten	78
2.	Nicht-verfassungsrechtliche Streitigkeiten	79
III.	Zusammenfassung: Verwaltungsrechtsweg – nicht-verfassungsrechtlicher Art	80
D.	Zuweisung von Streitigkeiten an ein anderes Gericht	80
I.	Allgemeines	80
II.	Zuweisung an die ordentlichen Gerichte	81
1.	Enteignungsentschädigung (Art. 14 III 4 GG)	81
2.	Ansprüche aus Aufopferung (§ 40 II 1 Alt. 1)	83
3.	Schadensersatzansprüche aus der Verletzung öffentlich-rechtlicher Pflichten (§ 40 II 1 Alt. 3) – Öffentlich-rechtliche Verwahrung (§ 40 II 1 Alt. 2)	83
4.	Sonstige Entschädigungsansprüche	86
5.	Freiheitsbegrenzende Maßnahmen	86
6.	Justizverwaltungsakte	87
III.	Zuweisung an die besonderen Verwaltungsgerichte	90
1.	Allgemeines	90
2.	Abgrenzung des Verwaltungsrechtswegs zum Sozialgerichtsweg und anderen Rechtswegen	91

IV.	Vorbehalt zugunsten des Beamtenrechts – Ausnahme von den Rechtswegzuweisungen	91
1.	Allgemeines	91
2.	Auslegung des § 126 BRRG/§ 54 BeamStG	92
V.	Zusammenfassung: Rechtswegzuweisung an andere Gerichte	93
Kapitel 2 Ordnungsgemäße Klageerhebung (§§ 81, 82).		94
A.	Form und Inhalt.	94
I.	Schriftlichkeit	94
II.	Zu Protokoll	96
III.	Elektronisches Dokument	96
IV.	Inhalt der Klageschrift (§ 82)	97
1.	Zwingender Inhalt	97
2.	Soll-Inhalt	97
3.	Fristsetzung	98
4.	Bedingungsfeindlich	98
V.	Kostenvorschuss	98
B.	Muster einer Klageschrift.	99
C.	Zusammenfassung: Klageerhebung	99
Kapitel 3 Sachliche und örtliche Zuständigkeit		100
A.	Allgemeines	100
B.	Sachliche und funktionelle Zuständigkeit	101
I.	Erstinstanzliche Gerichte	101
1.	Erstinstanzliche Zuständigkeit des Verwaltungsgerichts	101
2.	Erstinstanzliche Zuständigkeit des Oberverwaltungsgerichts/Verwaltungsgerichtshofs.	102
3.	Erstinstanzliche Zuständigkeit des Bundesverwaltungsgerichts.	103
II.	Rechtsmittelgerichte.	106
C.	Örtliche Zuständigkeit (Gerichtsstand)	106
D.	Zusammenfassung: sachliche und örtliche Zuständigkeit	108
Kapitel 4 Beteiligungsfähigkeit (§ 61).		108
A.	Allgemeines	109
B.	Natürliche und juristische Personen, § 61 Nr. 1.	109
C.	Nichtrechtsfähige Vereinigungen, § 61 Nr. 2.	109
D.	Behörden, § 61 Nr. 3.	110
Kapitel 5 Prozessfähigkeit (§ 62) und Prozessvertretung (§ 67).		111
A.	Prozessfähigkeit (§ 62)	111
I.	Allgemeines	111
II.	Voraussetzungen der Prozessfähigkeit	111
1.	Nach bürgerlichem Recht voll Geschäftsfähige, § 62 I Nr. 1	111
2.	Nach bürgerlichem Recht beschränkt Geschäftsfähige, § 62 I Nr. 2	111
III.	Vertretung nicht prozessfähiger Beteiligter.	112

Inhaltsverzeichnis

IV.	Prozessfähigkeit und Vertretung betreuer Personen, § 62 II	112
B.	Prozessvertretung (§ 67)	113
I.	Zulässigkeit und Notwendigkeit	113
1.	Verwaltungsgerichte	113
2.	Oberverwaltungsgericht/Verwaltungsgerichtshof und Bundesverwaltungsgericht	113
3.	Ausgeschlossene Personen	114
4.	Form- und Verfahrensfragen	114
5.	Abgrenzung zum Beistand	116
II.	Bestellung eines Vertreters durch das Gericht	116
1.	Anordnung nach § 67a	116
2.	Beordnung eines Anwalts	116
III.	Beendigung der Vertretungsbefugnis durch das Gericht	116
1.	Zurückweisung eines Bevollmächtigten	116
2.	Untersagung der weiteren Vertretung	116
3.	Aufhebung der Beordnung	117
IV.	Zusammenfassung: Prozessvertretung	117
Kapitel 6	Fehlen anderweitiger Rechtshängigkeit (§ 17 I 2 GVG)	118
Kapitel 7	Allgemeines Rechtsschutzinteresse	118
IV. Teil	Verfahrensarten und besondere Sachentscheidungsvoraussetzungen . .	120
Kapitel 1	Überblick	120
A.	Allgemeines	120
B.	Überblick über die einzelnen Klage- und Verfahrensarten	121
I.	Gestaltungsklagen	121
II.	Leistungsklagen	122
III.	Feststellungsklagen	122
IV.	Keine eigenständige Klageart: sog. Organstreit	123
V.	Abstrakte Normenkontrolle (§ 47)	123
VI.	Vorläufige Rechtsschutzverfahren (§§ 80, 123)	123
Kapitel 2	Anfechtungsklage	123
A.	Ziel und Anwendungsbereich	123
I.	Ziel und Wirkung der Anfechtungsklage	123
II.	Anwendungsbereich der Anfechtungsklage	124
B.	Voraussetzungen	126
I.	Statthaftigkeit	126
1.	Verwaltungsakt	126
2.	Objektives Vorliegen eines Verwaltungsakts	127
II.	Einige Fallgruppen zur Abgrenzung des Verwaltungsakts von sonstigen Verwaltungsmaßnahmen	130
1.	Wiederaufgreifen des Verfahrens – Wiederholende Verfügung – Zweitbescheid	130

2.	Verwaltungsakt – Mitteilung, Hinweis, Auskunft.	131
3.	Maßnahmen im besonderen Pflichtenverhältnis – Innerdienstliche Anordnungen, Mitteilungen und Weisungen	132
4.	Mitwirkung anderer Behörden beim Erlass eines Verwaltungsakts	135
C.	Gegenstand der Anfechtungsklage	138
I.	Ursprünglicher Verwaltungsakt	138
1.	Ursprünglicher Verwaltungsakt in Gestalt des Widerspruchsbescheids.	138
2.	Ursprünglicher Verwaltungsakt bei entbehrlichem Vorverfahren	140
II.	Anfechtung des Widerspruchsbescheids oder des Abhilfebescheids	140
1.	Erstmalige Beschwer durch Widerspruchsbescheid/Abhilfebescheid (§ 79 I Nr. 2)	140
2.	Isolierte Anfechtung des Widerspruchsbescheids (§ 79 II)	141
III.	Teilweise Anfechtung eines Verwaltungsakts	144
D.	Verfahrensmäßige Besonderheiten im Zusammenhang mit der Anfechtungsklage.	146
I.	Fortsetzungsfeststellungsklage (§ 113 I 4)	146
II.	Abänderung eines Verwaltungsakts durch das Gericht (§ 113 II)	146
III.	Verbindung der Anfechtungsklage mit einer Klage auf Folgenbeseitigung (§ 113 I 2 und 3).	146
IV.	Verbindung von Anfechtungs- und Leistungsklage (§ 113 IV)	147
E.	Zusammenfassung: Anfechtungsklage	147
Kapitel 3 Verpflichtungsklage		148
A.	Ziel und Anwendungsbereich	148
I.	Wesen und Ziel der Verpflichtungsklage	148
II.	Anwendungsbereich	149
B.	Statthaftigkeit und Formen	150
I.	Klageziel: Erlass eines Verwaltungsakts.	150
II.	Versagungsgegenklage – Untätigkeitsklage.	150
1.	Versagungsgegenklage	151
2.	Untätigkeitsklage	151
III.	Verpflichtungs- oder Bescheidungsantrag.	152
1.	Allgemeines	152
2.	Kostenfolgen bei bloßer Bescheidung nach Verpflichtungsantrag	153
C.	Zusammenfassung: Verpflichtungsklage	153
Kapitel 4 Abgrenzungsprobleme zwischen Anfechtungs- und Verpflichtungsklage		154
A.	Isolierte Anfechtungsklage	154
I.	Grundsatz	154
II.	Ausnahmen	155
1.	Nachträgliche Änderung der Sach- oder Rechtslage	155
2.	Abgelehnte Genehmigung nicht erforderlich	155
3.	Über die Ablehnung hinausgehende nachteilige rechtliche Wirkungen	156

Inhaltsverzeichnis

4.	Zurückstellung eines Baugesuchs nach § 15 BauGB	156
B.	Klageart bei Nebenbestimmungen eines begünstigenden Verwaltungsakts .	156
I.	Problemaufriss	156
II.	Auflage und Auflagenvorbehalt	157
III.	Bedingung, Befristung, Widerrufsvorbehalt	158
IV.	Nebenbestimmungen in Ermessensentscheidungen	159
V.	Handhabung der Problematik im Prozess	160
VI.	Keine Nebenbestimmungen: Modifizierende Auflage/Genehmigung . .	160
C.	Sonstige Abgrenzungsfragen	161
I.	Konkurrentenklagen	161
1.	Allgemeines	161
2.	Defensive (negative) Konkurrentenklage	161
3.	Offensive (positive) Konkurrentenklage	162
4.	Mitbewerberklage (verdrängende Konkurrentenklage)	162
5.	Konkurrentenklage von Beamten	163
II.	Klageart bei Planungsentscheidungen und luftverkehrsrechtlichen Genehmigungen	164
D.	Zusammenfassung: Abgrenzungsfragen Anfechtungs-/Verpflichtungsklage.	165
Kapitel 5 Besondere Sachurteilsvoraussetzungen bei Anfechtungs- und Verpflichtungsklage		
167		
A.	Klagebefugnis (§ 42 II)	167
I.	Allgemeines	167
1.	Wesen und Zweck	167
2.	Anwendungsbereich des § 42 II	168
3.	Klagebefugnis und Rechtsnachfolge	168
II.	Voraussetzungen	169
1.	Rechte i. S. d. § 42 II.	169
2.	Geltendmachen einer Rechtsverletzung	173
3.	Abweichende gesetzliche Bestimmung	174
4.	Ausschluss von Rechten.	174
III.	Fragestellungen bei der praktischen Anwendung	175
1.	Allgemeines	175
2.	Normen mit dritt-schützender Wirkung – Schutzbereich	177
3.	Konkurrentenklagen	184
4.	Rechtsverletzung von Gemeinden	187
IV.	Klagebefugnis von ideellen Vereinen, Verbänden und Bürger- initiativen.	192
1.	Allgemeines	192
2.	Altruistische Verbandsklage im Umweltrecht	193
V.	Klagebefugnis und Unionsrecht	195
VI.	Zusammenfassung: Klagebefugnis	196
B.	Vorverfahren (§§ 68 ff.)	198
I.	Allgemeines	198
II.	Rechtsgrundlagen	199
III.	Zweck	200
IV.	Entbehrlichkeit des Vorverfahrens	200

1.	Spezialgesetzliche Ausnahmen	201
2.	Verwaltungsakte oberster Behörden.	201
3.	Erstmalige bzw. zusätzliche Beschwerde durch Abhilfe- oder Widerspruchsbescheid	201
4.	Untätigkeitsklage (§ 75).	203
5.	Richterrechtliche Ausnahmen	208
V.	Ordnungsgemäße Durchführung	210
1.	Allgemeines	210
2.	Form	210
3.	Frist	212
4.	Nachholung des Vorverfahrens.	216
VI.	Zusammenfassung: Vorverfahren	216
VII.	Exkurs: Widerspruchsverfahren	218
1.	Allgemeines	218
2.	Ablauf des Vorverfahrens.	218
3.	Prüfungsumfang der Widerspruchsbehörde.	227
C.	Klagefrist (§ 74).	234
I.	Allgemeines	234
II.	Fristenlauf	235
1.	Ordnungsgemäße Bekanntgabe bzw. Zustellung des Bescheids.	236
2.	Ordnungsgemäße Rechtsbehelfsbelehrung	238
III.	Fristberechnung	241
IV.	Einhaltung der Klagefrist bei Klageänderung	242
V.	Zusammenfassung: Klagefrist	242
Kapitel 6 Fortsetzungsfeststellungsklage (§ 113 I 4)		243
A.	Anwendungsbereich	243
B.	Voraussetzungen	245
I.	Feststellungsinteresse	245
1.	Wiederholungsgefahr	245
2.	Rehabilitierung	246
3.	Präjudiz für Zivilprozess	246
4.	Tiefgreifender Grundrechtseingriff.	247
II.	Zulässigkeit der ursprünglich erhobenen Klage	248
III.	Verletzung eigener Rechte.	248
C.	§ 113 I 4 analog.	249
I.	Verpflichtungsklage	249
II.	Allgemeine Leistungsklage	249
III.	Erledigung vor Klageerhebung.	250
IV.	Normenkontrollverfahren	250
V.	Feststellungsbegehren des Beklagten	250
VI.	Vorläufiger Rechtsschutz	251
D.	Zusammenfassung: Fortsetzungsfeststellungsklage	251
Kapitel 7 Feststellungsklagen		252
A.	Allgemeine Feststellungsklage.	252
I.	Wesen und Ziel.	252

Inhaltsverzeichnis

II.	Anwendungsbereich	252
III.	Voraussetzungen	252
1.	Feststellung	253
2.	Feststellungsinteresse	258
3.	Subsidiarität	261
IV.	Verfahren	263
B.	Vorbeugende Feststellungsklage	264
I.	Ziel und Anwendungsbereich	264
1.	Ziel	264
2.	Anwendungsbereich	264
II.	Voraussetzungen	265
1.	Qualifiziertes Rechtsschutzinteresse	265
2.	Fallgruppen	265
C.	Zusammenfassung: Feststellungsklagen	267
Kapitel 8 Allgemeine Leistungsklage		269
A.	Wesen und Ziel	269
I.	Herleitung	269
II.	Gegenstand	269
III.	Leistungsurteil	270
B.	Voraussetzungen	270
I.	Kein Vorverfahren	270
II.	Kein vorheriger Antrag	270
III.	§ 42 II analog	271
C.	Anwendungsbereich	271
I.	Vornahmeklage	271
1.	Geldleistung	271
2.	Realakt	272
3.	Folgenbeseitigung	272
II.	(Vorbeugende) Unterlassungsklage	273
1.	Gegenstand	274
2.	Besonderes Rechtsschutzbedürfnis	274
III.	Klage auf Erlass einer untergesetzlichen Norm	274
D.	Zusammenfassung: Allgemeine Leistungsklage	275
Kapitel 9 Organstreitigkeiten		276
A.	Kommunalverfassungsrechtliche Organstreitigkeiten	276
I.	Gegenstand	276
II.	Besonderheiten	277
1.	Beteiligungsfähigkeit	277
2.	Klagebefugnis	277
3.	Klageart	277
4.	Klagegegner	278
III.	Weiterführende Hinweise	278
B.	Sonstige Organstreitigkeiten	278

Kapitel 10 Vollstreckungsabwehrklage	279
A. Anwendungsbereich	279
B. Vollstreckungsabwehr bei Verwaltungsakten.	280
V. Teil Begründetheit von Anfechtungs- und Verpflichtungsklage	282
Kapitel 1 Anfechtungsklage (§ 113 I 1)	282
A. Allgemeines	282
B. Rechtswidrigkeit des Verwaltungsakts	282
C. Rechtsverletzung des Klägers	284
D. Aufhebung des Verwaltungsakts	284
I. Allgemeines	284
II. Teilaufhebung.	285
III. Spruchreife	286
IV. Vollzugsfolgenbeseitigung	287
V. Verbindung von Anfechtungs- und Leistungsklage (§ 113 IV).	288
Kapitel 2 Verpflichtungsklage (§ 113 V 1).	289
A. Allgemeines	289
B. Spruchreife	289
C. Inhalt der gerichtlichen Entscheidung	290
D. Zusammenfassung: Begründetheit von Anfechtungs- und Verpflichtungsklage	290
Kapitel 3 Die für die Entscheidung maßgebliche Sach- und Rechtslage	291
A. Problematik.	291
B. Grundlagen	291
I. Faustregel.	291
II. Maßgeblich: Materielles Recht	292
III. Besonderheiten	293
1. Anfechtungsklage mit Vorverfahren.	293
2. Anfechtungsklage bei Verwaltungsakten mit Dauerwirkung	294
3. Im Revisionsverfahren.	294
4. Schadensersatzanspruch.	294
C. Einzelne Rechtsgebiete	294
I. Gewerberecht, Gaststättenrecht	294
II. Baurecht	295
1. Abbruchsanordnung	295
2. Erteilung der Baugenehmigung	295
3. Bebauungspläne	297
III. Immissionsschutzrecht und Verkehrswegeplanungsrecht.	297
IV. Beitrags- und Gebührenrecht.	297
V. Ausländerrecht	298
1. Zeitpunkt der mündlichen Verhandlung oder der Entscheidung ohne mündliche Verhandlung.	298

Inhaltsverzeichnis

2.	Ausnahme: Aus materiellem Recht	299
3.	Ausnahme: Isolierte Anfechtung	299
4.	Asylrecht.	299
VI.	Fahrerlaubnisrecht.	299
1.	(Wieder-/Neu-)Erteilung der Fahrerlaubnis	299
2.	Entziehung der Fahrerlaubnis.	300
VII.	Polizeirecht.	300
D.	Zusammenfassung: Maßgeblicher Zeitpunkt.	301
Kapitel 4 Kontrolldichte.		301
A.	Allgemeines	301
B.	Kontrollumfang	302
I.	Ermessen	302
1.	Ermessensüberschreitung	302
2.	Ermessensunterschreitung – Ermessensnichtgebrauch	303
II.	Planungsermessen	303
1.	Planrechtfertigung	303
2.	Abwägungsfehler	304
III.	Beurteilungsspielraum, Einschätzungs- und Prognoseprärogative.	305
C.	Ergänzung von Ermessenserwägungen	307
I.	Allgemeines	307
II.	Prozessuale Folgen des Nachschiebens von Gründen.	309
D.	Zusammenfassung: Kontrolldichte	309
VI. Teil Der Ablauf eines verwaltungsgericht-lichen Klageverfahrens.		311
Kapitel 1 Eingang der Klage		311
A.	Eingangsverfügung	311
B.	Rechtshängigkeit, Klageänderung	313
I.	Rechtshängigkeit.	313
1.	Wahrung der Klagefrist	313
2.	Suspensiveffekt.	314
3.	Unzulässigkeit weiterer Rechtshängigkeit (§ 17 I 2 GVG).	314
4.	Perpetuatio fori (§ 17 I 1 GVG)	314
5.	Prozesszinsen	315
6.	Verjährungshemmung	315
II.	Klageänderung (§ 91).	315
1.	Wesen und Arten	315
2.	Zulässigkeit.	316
C.	Zusammenfassung: Klageeingang	317
Kapitel 2 Verweisung.		317
A.	Rechtsweg (§§ 17 bis 17b GVG).	318
I.	Allgemeines	318
1.	Einheitliche Regelung für alle Gerichtszweige	318

2.	Bindende Vorabentscheidung	318
3.	Geltung für vorläufige Rechtsschutzverfahren	318
4.	Keine Geltung im PKH-Verfahren	319
II.	Verfahren – Form der Entscheidung – Rechtsmittel	319
1.	Verfahren	319
2.	Form der Entscheidung	320
3.	Rechtsmittel	321
III.	Wirkungen	322
1.	Anhängigkeit	322
2.	Abdrängende und aufdrängende Wirkung	322
3.	Keine Rechtswegüberprüfung	322
4.	Bindung auch bei falscher Verweisung	323
5.	Bindung bei positiver Rechtswegentscheidung	323
IV.	Verweisung bei mehreren selbstständigen Anspruchsgrundlagen	323
1.	Ein prozessualer Anspruch – mehrere Anspruchsgrundlagen	323
2.	Objektive Klagehäufung	324
3.	Art. 14 III 4 und Art. 34 Satz 3 GG	324
V.	Entscheidung von Vorfragen – Aufrechnung	325
1.	Entscheidung über Vorfragen aus Rechtsgebieten anderer Gerichtsbarkeiten	325
2.	Aufrechnung mit einer rechtswegfremden Forderung	325
B.	Örtliche oder sachliche Unzuständigkeit (§ 83)	326
I.	Allgemeines	326
II.	Verfahren	326
III.	Wirkungen	327
C.	Zusammenfassung: Verweisung	327
Kapitel 3 Vor der mündlichen Verhandlung		328
A.	Aktenvorlage und Akteneinsicht	328
I.	Aktenvorlage	328
II.	Akteneinsicht	329
B.	Aufforderung zur Ergänzung des Vortrags (§ 87b)	330
C.	„Selbstablehnung“	330
D.	Entscheidung über Prozesskostenhilfe (§ 166 i. V. m. §§ 114 ff. ZPO)	331
I.	Antragstellung – Formalien	331
II.	Bewilligungsvoraussetzungen	332
III.	Entscheidung – Wirkungen	333
IV.	Rechtsmittel – maßgeblicher Entscheidungszeitpunkt	334
V.	Änderung und Aufhebung der Bewilligung	334
E.	Vorbereitung der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand (§ 60)	334
I.	Allgemeines	334
II.	Voraussetzungen	335
III.	Einzelfälle	336
1.	Eigenes Verschulden	336
2.	Verschulden bei Einschaltung von Hilfspersonen	338
IV.	Verfahren	339
1.	Antrag	339

Inhaltsverzeichnis

2.	Nachholung der versäumten Rechtshandlung	340
3.	Fristwahrung	340
4.	Wiedereinsetzungsgründe	341
5.	Rechtliches Gehör	341
V.	Entscheidung	341
1.	Zuständigkeit bei Fristen im gerichtlichen Verfahren	341
2.	Zuständigkeit bei Versäumung der Widerspruchsfrist	341
3.	Kein Ermessen	342
4.	Entscheidungsform	342
VI.	Wirkung	342
VII.	Anfechtbarkeit	342
F.	Betreibensaufforderung (§ 92 II)	342
G.	Beweiserhebung vor der mündlichen Verhandlung	343
H.	Verbindung und Trennung (§ 93)	344
I.	Erörterungsverhandlung	344
J.	Güterichter, Mediation	344
K.	Schriftlicher Vergleichsvorschlag (§ 106 Satz 2)	345
L.	Vorbereitung eines Gerichtsbescheids (§ 84)	345
M.	Verzicht auf mündliche Verhandlung (§ 101 II)	345
N.	Zusammenfassung: vor der mündlichen Verhandlung	346
Kapitel 4 Stillstand des Verfahrens		348
A.	Unterbrechung wegen Wegfalls eines Beteiligten (§§ 239 ff. ZPO)	348
B.	Aussetzung des Verfahrens (§§ 94 und 75 Satz 3)	348
I.	Vorgreiflichkeit (§ 94)	348
II.	Untätigkeitsklage (§ 75 Satz 3)	349
III.	Exkurs: Aussetzung wegen Vorlage	349
1.	Bundesverfassungsgericht	349
2.	Gerichtshof der Europäischen Union	350
C.	Ruhen des Verfahrens (§ 173 i. V. m. § 251 ZPO)	352
D.	Zusammenfassung: Stillstand des Verfahrens	353
Kapitel 5 Mündliche Verhandlung		354
A.	Terminsbestimmung und Ladung	354
I.	Allgemeines	354
II.	Inhalt einer Terminverfügung	355
B.	Aufhebung, Verlegung, Vertagung	356
I.	Aufhebung und Verlegung	356
II.	Vertagung	357
III.	Anfechtbarkeit	357
C.	Vorberatung	357
D.	Mündliche Verhandlung (§§ 103 bis 105)	358
I.	Allgemeines	358
II.	Verhandlungsablauf	358
1.	Aufruf der Sache	358
2.	Feststellung der Präsenz	359
3.	Vortrag des Akteninhalts	359

4.	Antragstellung	359
5.	Rechtsgespräch	360
6.	Beweisaufnahme.	360
7.	Befangenheitsantrag (§ 54 i. V. m. §§ 41 ff. ZPO).	360
8.	Plädoyers	362
9.	Abschluss	363
10.	Wiedereröffnung der mündlichen Verhandlung (§ 104 III 2)	363
E.	Beweiserhebung (§ 96)	364
I.	Allgemeines	364
II.	Behandlung von Beweisanträgen	365
1.	Formulierung.	365
2.	Vorbereitende Schriftsätze	365
3.	Ausforschungsbeweisantrag	365
4.	Ablehnung durch begründeten Beschluss	366
5.	Hilfsbeweisantrag.	366
6.	Ohne mündliche Verhandlung	366
III.	Beweisbeschluss	367
IV.	Beweismittel	367
1.	Zeugen- und Parteivernehmung	368
2.	Sachverständigengutachten.	368
3.	Augenschein	369
4.	Urkunde	369
5.	Amtliche Auskunft	370
V.	Begründung für ablehnenden Beweisbeschluss	370
1.	Unerheblichkeit	370
2.	Ungeeignetheit	371
3.	Prozessverschleppung	371
4.	Gerichtliche Sachkunde	371
5.	Andere Ablehnungsgründe.	372
6.	Besonderheiten bei Sachverständigengutachten	373
VI.	Beweisaufnahme	374
VII.	Zusammenfassung: Beweiserhebung.	375
F.	Protokoll (§ 105)	376
G.	Beratung und Entscheidung (§ 55 i. V. m. §§ 192 bis 197 GVG).	379
H.	Verkündung.	380
VII.	Teil Beendigung des Klageverfahrens	381
Kapitel 1	Urteil	381
A.	Wesen und Arten – Rechtskraft	381
I.	Endurteil	381
II.	Zwischenurteil (§ 109).	382
III.	Teilurteil (§ 110)	382
IV.	Grundurteil (§ 111)	383
V.	Gerichtsbescheid (§ 84)	384
VI.	Rechtskraft (§ 121)	384

Inhaltsverzeichnis

1.	Formelle Rechtskraft.	384
2.	Materielle Rechtskraft.	384
VII.	Zusammenfassung: Urteil	386
B.	Form, Aufbau und Inhalt.	387
I.	Rubrum.	387
II.	Urteilsformel (Tenor – § 117 II 3)	388
1.	Ausspruch zur Sache.	388
2.	Kostenentscheidung (§§ 154 ff.)	393
3.	Vorläufige Vollstreckbarkeit (§ 167)	394
4.	Rechtsmittelzulassung.	395
III.	Tatbestand (§ 117 III)	395
1.	Wesen und Aufgabe – allgemeine Regeln	395
2.	Aufbau	395
IV.	Entscheidungsgründe	399
1.	Allgemeines.	399
2.	Aufbau	403
V.	Zusammenfassung: Urteil – Aufbau	406
VI.	Anhang Streitwertfestsetzung	408
C.	Wirksamwerden des Urteils	409
I.	Urteilsfindung und Beschlussfassung.	409
II.	Bekanntgabe.	409
1.	Verkündung.	409
2.	Zustellung.	410
III.	2-Wochen-Frist	411
IV.	Beendigung des Verfahrens	412
V.	Zusammenfassung: Urteil – Wirksamwerden	412
D.	Urteilsberichtigung (§§ 118 bis 120)	413
I.	Schreib- und Rechenfehler (§ 118)	413
1.	Voraussetzungen.	413
2.	Verfahren	413
II.	Tatbestandsberichtigung (§ 119)	413
1.	Voraussetzungen.	413
2.	Verfahren	414
III.	Urteilsergänzung (§ 120).	414
1.	Voraussetzungen.	414
2.	Verfahren	415
IV.	Zusammenfassung: Urteil – Berichtigung.	415
Kapitel 2 Beendigung des Klageverfahrens ohne Sachentscheidung		416
A.	Klagerücknahme (§ 92)	416
I.	Form, Wirksamkeit	416
II.	Rücknahmefiktion (§ 92 II).	416
III.	Entscheidung	417
IV.	Beschränkung der Rücknahmemöglichkeit.	418
V.	Streit über die Wirksamkeit der Klagerücknahme	418
VI.	Wirkung	418
VII.	Zusammenfassung: Klagerücknahme	418

B.	Vergleich (§ 106)	419
I.	Wesen und Wirkung	419
II.	Verfahren	420
III.	Widerruf, Wegfall der Geschäftsgrundlage, Abänderungsklage	421
IV.	Streit über die Wirksamkeit eines Vergleichs	422
V.	Außergerichtlicher Vergleich	422
VI.	Vollstreckung	422
VII.	Zusammenfassung: Vergleich	423
Kapitel 3	Erledigung des Rechtsstreits in der Hauptsache	423
A.	Der Begriff der Erledigung der Hauptsache und deren Auswirkungen auf den Rechtsstreit	423
I.	Begriff	423
II.	Wirkung	426
B.	Übereinstimmende Erledigungserklärungen	427
I.	Form	427
II.	Wirkung	428
III.	Einstellung des Verfahrens	428
IV.	Entscheidungsform	429
V.	Kostenentscheidung	429
1.	Allgemeines	429
2.	Erfolgsaussichten	429
3.	Andere Billigkeitserwägungen	430
4.	Teilerledigung	430
5.	Kosten der Untätigkeitsklage	431
VI.	Erledigung nach Erlass einer Entscheidung	431
C.	Der Erledigungsstreit	432
I.	Übersicht	432
II.	Fallgruppen	432
1.	Erledigungserklärung des Klägers	432
2.	Erledigungserklärung nur durch den Beklagten	434
III.	Kostenentscheidung	434
IV.	Streitwertfestsetzung	435
D.	Zusammenfassung: Erledigung	435
VIII. Teil	Vorläufiger Rechtsschutz	437
Kapitel 1	Allgemeines	437
Kapitel 2	Verfahren nach § 80 V	439
A.	Suspensiveffekt	439
B.	Sofortige Vollziehbarkeit	440
I.	Kraft Gesetzes (§ 80 II 1 Nr. 1 bis 3 und Satz 2)	440
1.	§ 80 II 1 Nr. 1 bis 3	440
2.	§ 80 II 2	441

Inhaltsverzeichnis

II.	Kraft Anordnung (§ 80 II 1 Nr. 4)	441
1.	Grundsatz	441
2.	Verfahren, Inhalt und Form	442
C.	Zusammenfassung: Suspensiveffekt und sofortige Vollziehbarkeit	444
D.	Rechtsschutz	444
I.	Aussetzung der Vollziehung durch die Verwaltungsbehörde (§ 80 IV)	445
II.	Anordnung, Wiederherstellung und Feststellung der aufschiebenden Wirkung eines Rechtsbehelfs durch das Gericht (§ 80 V)	445
1.	Anordnung der aufschiebenden Wirkung	445
2.	Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung	445
3.	Feststellung der aufschiebenden Wirkung	445
III.	Spezielle Zulässigkeitsvoraussetzungen des Antrags nach § 80 V.	446
1.	Behördliches Aussetzungsverfahren nach § 80 VI.	446
2.	Rechtzeitige Rechtsbehelfseinlegung	447
3.	Frist	447
4.	Allgemeines Rechtsschutzinteresse.	447
IV.	Begründetheit des Antrags nach § 80 V.	448
1.	Interessenabwägung bei Offensichtlichkeit	448
2.	Interessenabwägung in anderen Fällen	449
E.	Verfahren	451
I.	Antrag.	451
II.	Zuständigkeit	451
III.	Verfahrensgang	451
IV.	Antragsgegner.	452
F.	Entscheidung und anderweitige Verfahrensbeendigung	453
I.	Entscheidungsform und Inhalt.	453
1.	Beschluss.	453
2.	Tenor	453
3.	Auflagen und Befristungen.	453
4.	Bedingung	454
5.	Aufhebung der Vollziehung (§ 80 V 3).	455
II.	Entscheidung	455
III.	Anderweitige Verfahrensbeendigung	456
G.	Rechtsmittel	456
H.	Zusammenfassung: behördliche und gerichtliche Aussetzung der Vollziehung	456
I.	Dauer des Suspensiveffekts (§ 80b) und Abänderungsentscheidung nach § 80 VII	458
I.	§ 80b.	458
1.	Beginn der aufschiebenden Wirkung	458
2.	Ende der aufschiebenden Wirkung	458
II.	Abänderung einer Entscheidung nach § 80 V (§ 80 VII)	459
1.	Notwendigkeit	459
2.	Voraussetzungen.	460
3.	Verfahren	460
J.	Gerichtliche Entscheidung nach § 80a III	462
I.	Struktur.	462
1.	Ausgangssituation.	462

2.	Ziel der gerichtlichen Entscheidung	462
II.	Bedeutung	463
1.	Rechtsschutz des Begünstigten	463
2.	Rechtsschutz des Belasteten	463
III.	§ 80 V bis VIII entsprechend	463
1.	§ 80 VI	463
2.	Entscheidungskriterien	463
K.	Aufbauskizze für die Behandlung eines Eilantrags nach § 80 V	463
Kapitel 3 Verfahren auf Erlass einer einstweiligen Anordnung (§ 123)		464
A.	Aufgabe und Wesen	464
I.	Allgemeines	464
II.	Verfahrensarten	465
B.	Voraussetzungen	465
I.	Anordnungsanspruch	466
II.	Anordnungsgrund	466
C.	Regelungsinhalt und Gegenstand	467
I.	Möglicher Inhalt	467
II.	Verbot der Vorwegnahme der Hauptsache	467
III.	Durchbrechung des Vorwegnahmeverbots	468
1.	Anordnungsgrund wegen Zeitablaufs	468
2.	Bedrohung der wirtschaftlichen Existenz	469
3.	Schul- und Hochschulrecht	469
IV.	Einstweilige Anordnungen bei behördlichem Ermessen	469
D.	Verfahren und Entscheidung	470
I.	Verfahren	470
II.	Glaubhaftmachung	470
III.	Entscheidung	471
1.	Form und Inhalt	471
2.	Rechtskraft	471
IV.	Erledigung	472
E.	Rechtsmittel – Abänderung	472
I.	Beschwerde	472
II.	Abänderungsverfahren	472
F.	Zusammenfassung: § 123	473
IX. Teil Verwaltungsgerichtliche Normenkontrolle		474
Kapitel 1 Normenkontrollverfahren (§ 47)		474
A.	Funktion und Bedeutung	474
I.	Allgemeines	474
II.	Bedeutung und Zweck	474
1.	Bedeutung	474
2.	Zweck	475
3.	Einschränkung der Entscheidungsbefugnis	475

Inhaltsverzeichnis

B.	Gegenstand	477
I.	Satzungen nach dem BauGB	477
II.	Andere im Rang unter dem Landesgesetz stehende Rechtsvorschriften.	477
1.	Rechtsvorschriften	477
2.	Unter dem Landesgesetz	479
III.	Wirksamkeit der zu prüfenden Norm	479
C.	Verfahren und Entscheidung	480
I.	Antragsbefugnis	480
1.	Allgemeines	480
2.	Besonderheiten bei juristischen Personen	482
3.	Behörden	483
II.	Allgemeines Rechtsschutzinteresse	483
III.	Antragsgegner und sonstige Verfahrensbeteiligte.	485
1.	Antragsgegner	485
2.	Beiladung	485
3.	Vertreter des öffentlichen Interesses u. a.	485
IV.	Verfahren.	485
1.	Antrag und Frist	485
2.	Verfahren und Entscheidungsform.	485
3.	Aussetzung	486
4.	Beendigung ohne Sachentscheidung.	486
V.	Inhalt und Wirkungen der Entscheidung	487
1.	Erklärung für unwirksam	487
2.	Abweisung	488
3.	Nebenentscheidungen	488
4.	Rechtsmittel	489
D.	Umfang und Maßstab der Überprüfung	489
I.	Bundesrecht	489
II.	Landesrecht	489
III.	Unionsrecht	490
E.	Zusammenfassung und Prüfungsschema: Normenkontrollverfahren	490
Kapitel 2 Vorläufiger Rechtsschutz (§ 47 VI).		491
A.	Allgemeines	491
B.	Voraussetzungen	491
C.	Verfahren	492
D.	Inhalt	493
X. Teil Rechtsmittel		494
Kapitel 1 Allgemeines		494
A.	Rechtsmittelarten und ihre Bedeutung	494
I.	Wesen	494
II.	Rechtsmittel gegen „inkorrekte“ Entscheidungen	495
III.	Die Rechtsmittelberechtigten.	495

IV.	Verbot der „reformatio in peius“	496
B.	Beschwer.	496
I.	Hauptbeteiligte	496
II.	Vertreter des öffentlichen Interesses	497
III.	Beigeladene	497
IV.	Anschlussrechtsmittel.	498
C.	Zusammenfassung: Grundsätze des Rechtsmittelrechts	498
Kapitel 2 Berufung (§§ 124 ff.)		499
A.	Wesen und Statthaftigkeit	499
I.	Gegenstand und Aufgabe	499
II.	Statthaftigkeit	499
1.	Zulassungserfordernis	499
2.	Zulassungsgründe (§ 124 II).	500
3.	Zulassungsverfahren (§ 124a IV)	503
III.	Anschlussberufung (§ 127)	506
B.	Berufungsverfahren.	507
I.	Berufungsbegründung (§ 124a III, VI).	507
II.	Verfahren.	508
1.	§ 125 I	508
2.	Sachverhaltsaufklärung	508
3.	Berufungsrücknahme	508
C.	Berufungsentscheidung	509
I.	Urteil.	509
1.	Tenor	509
2.	Begründung.	510
II.	Beschluss	510
1.	Verwerfung als unzulässig (§ 125 II)	510
2.	Entscheidung über die Begründetheit (§ 130a).	511
Kapitel 3 Revision (§§ 132 ff.)		513
A.	Gegenstand und Wesen des Revisionsverfahrens	513
I.	Begriff	513
II.	Wesen und Aufgabe	513
III.	Prüfungsgegenstand Bundesrecht	513
B.	Revisionszulassung	514
I.	Zulassungserfordernis	514
II.	Die Zulassungsgründe und deren Darlegung (§ 132 II)	514
1.	Grundsätzliche Bedeutung (Nr. 1)	515
2.	Divergenz (Nr. 2)	516
3.	Verfahrensrüge (Nr. 3).	516
III.	Zulassungsverfahren	518
1.	Revisionszulassung durch das Berufungsgericht.	518
2.	Nichtzulassungsbeschwerde (§ 133 I).	519
3.	Entscheidung	520
IV.	Wirkung der Revisionszulassung	520
C.	Verfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht.	521

Inhaltsverzeichnis

I.	Einlegung der Revision	521
II.	Revisionsbegründung	521
1.	Begründungsfrist	521
2.	Inhalt der Revisionsbegründung (§ 139 III)	522
III.	Verfahren	522
D.	Entscheidung	523
I.	Form	523
II.	Ausspruch zur Sache (Tenor)	523
III.	Inhalt und Aufbau	524
Kapitel 4	Beschwerde (§§ 146 ff.)	524
A.	Wesen der Beschwerde und Statthaftigkeit	524
I.	Beschlüsse des Verwaltungsgerichts	524
1.	Grundsätzlich	524
2.	Ausschluss	524
3.	Beschränkungen und Sonderfälle	525
II.	Beschlüsse des Oberverwaltungsgerichts/Verwaltungsgerichtshofs	525
B.	Beschwerdeverfahren	525
I.	Form und Frist	525
II.	Abhilfeverfahren	526
III.	Beschwerdebegründung	526
IV.	Wirkungen	526
V.	Verfahren	526
VI.	Entscheidung	527
Kapitel 5	Sonstige Rechtsbehelfe	527
A.	Erinnerung (§ 151)	527
B.	Anhörungsrüge (§ 152a)	528
I.	Allgemeines	528
II.	Voraussetzungen	528
III.	Entscheidung	529
C.	Gegenvorstellung	529
I.	Allgemeines	529
II.	Stattgebende Entscheidung	529
1.	Statthaftigkeit	530
2.	Form, Frist	530
3.	Begründetheit	530
D.	Außerordentliche Beschwerde bei greifbarer Gesetzeswidrigkeit	531
E.	Wiederaufnahme (§ 153)	531
F.	Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren	532
I.	Allgemeines	532
II.	Regelung	532
III.	Verfahren	532
IV.	Entschädigung	533
	Stichwortverzeichnis	535

Übersicht über die Lernhilfen

	Rn.
I. Prüfungsschemata	
Allgemeine Sachentscheidungs Voraussetzungen	172
Zulässigkeit eines Widerspruchs	724
Feststellungsklage	859
Rechtmäßigkeitsprüfung eines VA	946
Sachurteil	1251
Zulässigkeit einer (Anfechtungs-)Klage	1322
Eilantrag § 80 V	1504
NKV	1594
II. (Formulierungs-)Muster	
1. Beiladungsbeschluss	159
2. Klageerhebung zu Protokoll	308
3. Klageschrift	319
4. Klageantrag Einheitsklage	457 f.
5. Klageantrag isolierte Anfechtung Widerspruchsbescheid	471
6. Klageantrag Teilanfechtung	477
7. Klageantrag Verpflichtungsklage	492
8. Klageantrag bei Untätigkeit	495 f.
9. Bescheidungsantrag	498 f.
10. Klageantrag bei der Anfechtung von Nebenbestimmungen	525
11. Fortsetzungsfeststellungsantrag Anfechtungsklage	836
12. Fortsetzungsfeststellungsantrag Verpflichtungsklage	849
13. Tenor Rechtswegverweisung	1057
14. Tenor Vorabentscheidung Rechtsweg	1058
15. Tenor Verweisungsbeschluss örtl./sachl. Unzuständigkeit	1077
16. Tenor Prozesskostenhilfebeschluss	1096
17. Tenor Aussetzungsbeschluss	1146
18. Tenor Ruhensbeschluss	1161
19. Tenor Wiederaufnahmebeschluss	1162
20. Tenor Terminaufhebung	1170
21. Ablehnung Terminaufhebung	1170
22. Tenor Terminverlegung	1170
23. Bestimmung eines Verkündungstermins	1190
24. Beweis Antrag	1195
25. Beweisbeschluss	1202
26. Protokoll	1229
27. Tenor Prozessurteil	1235
28. Rubrum	1252
29. Tenor Klagabweisung	1254
30. Tenor Anfechtungsklage Stattgabe	1257
31. Tenor (Teil-)Anfechtungsklage Stattgabe	1258